

Anhang zu: **Wer sind „die Palästinenser*innen“**

Unser LeserInnenbrief vom 01. Mai 2016

Liebe GenossInnen,

wir möchten uns wegen Eures [Interviews mit der Gruppe F.O.R. Palestine](#) an Euch wenden.

Grundsätzliches

Wir wundern uns, daß ein unseres Erachtens grundlegender Unterschied in dem Interview gar nicht zur Sprache kommt. – In Eurem internationalen Manifest heißt es:

„Gegen die falsche Zwei-Staaten-Lösung und die reaktionäre Strategie der islamischen Führungen, die einen theokratischen Staat zu etablieren suchen, kämpfen wir für die Zerschlagung des Staates Israel als proimperialistische und koloniale Enklave und für einen einheitlichen palästinensischen Staat auf dem gesamten historischen Territorium: ein sozialistisches Palästina der ArbeiterInnen, wo AraberInnen und Juden/Jüdinnen in Frieden zusammenleben können.“

TaP hatte an dieser Formulierung ja kürzlich schon kritisiert, daß in ihr die Zerschlagung der semi-staatlichen, palästinensischen Strukturen (die ja auch keine sozialistischen sind) und des bewaffneten Islamismus fehlt ([S. 21](#)).

Im übrigen benennt Eure Formulierung aber zwei unseres Erachtens zentrale Voraussetzung linker Propagandierung einer 1-Staaten-Lösung:

1. eine eindeutige Absage an „die reaktionäre Strategie der islamischen Führungen, die einen theokratischen Staat zu etablieren suchen“
2. die Benennung des zu schaffenden Staates als sozialistisch. Nur in diesem Kontext ist für MarxistInnen die Verwendung des Begriffs „Zerschlagung“ angemessen.

Nun wären wir zwar bereit – in Revision des klassischen Marxismus – in Erwägung zu ziehen, daß sich nicht nur die kapitalistischen Klassenverhältnisse, sondern auch das patriarchale Geschlechterverhältnis und der Rassismus im Staatsapparat materialisieren, sodaß also auch unter diesen Gesichtspunkten Zerschlagungen der bestehenden Staatsapparate notwendig sind, um auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Herrschaft und Ausbeutung voranzukommen. Aber dieser Gedanke müßte dann ja erst einmal theoretisch entwickelt werden – und er widerspricht dem Aufruf zur 1. Mai-Demo, der den

Kampf gegen Rassismus und Patriarchat ausschließlich als „Teil des Klassenkampfes für die Abschaffung des Kapitalismus“ wahrnimmt bzw. anerkennt.

Aber selbst *falls* wir die These akzeptieren, daß zur Überwindung von anti-palästinensischem Rassismus eine Zerschlagung des jetzigen israelischen Staatsapparates notwendig ist, so führt – vor-kommunistisch – trotzdem kein marxistischer Weg daran vorbeiführt, auch das Recht der israelischen Juden und Jüdinnen auf Selbstbestimmung, also – falls gewünscht – auf Eigenstaatlichkeit, anzuerkennen.

An dieser Stelle ist unseres Erachtens eine weitere Unterscheidung wichtig: Anders als es viele PalästinenserInnen und UnterstützerInnen des palästinensischen Nationalismus machen, ist es unseres Erachtens notwendig, zwischen Zionismus und anti-palästinensischem Rassismus zu unterscheiden. Zionismus ist ein Nationalismus wie jeder andere Nationalismus auch – eine bürgerliche Ideologie, die auf die Gründung eines Nationalstaates zielte und dessen Fortexistenz verteidigt. Wie jeder andere Nationalismus geht auch der Zionismus – mal subtiler, mal deutlicher –, insbesondere im Konflikt mit anderen Nationalismen, mit Rassismus einher. Vielleicht ließe sich schlagwortartig sagen: ‚Rassismus ist ein Kitt, der eine Nation im Krisenfall zusammenhält.‘

Trotz der Verwandtschaft von Nationalismus und Rassismus ist es unseres Erachtens notwendig, beides analytisch und begrifflich zu unterscheiden:

- Rassismus ist von MarxistInnen bedingungslos zu bekämpfen.
- Nationalstaaten werden dagegen von MarxistInnen als unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise typische Form der Organisation von Gesellschaften anerkanntⁱ.

Solange wir es mit bürgerlichen Verhältnissen zu tun haben, ist der Kampf gegen anti-palästinensischen Rassismus unter Anerkennung des israelisch-jüdischen Rechts auf Selbstbestimmung zu führen; eine 1-Staaten-Lösung, die auch wir sowohl einer 2-Staaten-Lösung als auch dem jetzigen Zustand vorziehen würden, kann nur dann funktionieren, wenn sie auf Konsens beruhtⁱⁱ; anderenfalls würde der künftige neue Staat dem Wort „Lösung“ nicht gerecht.

Um zu einer demokratischen, möglichst auch sozialistischen Lösung gelangen zu können, müßten schon jetzt die nationalen Loyalitäten sowohl in der jüdischen als auch palästinensischen *community* untergraben werden – also die Klassen- und Geschlechterwidersprüche in beiden Gesellschaften in den Vordergrund gerückt werden, und müßte schon jetzt mit bi-nationaler politischer Organisation begonnen werden.

Statt dessen nimmt die Gruppe F.O.R. Palestine, obwohl sie beansprucht, antikapitalistisch zu sein, die gesellschaftliche Lage in Israel/Palästina ausschließlich unter

dem nationalen Gesichtspunkt wahr; weder Geschlechter- noch Klassen- noch politische Widersprüche *innerhalb* von PalästinenserInnen und Israelis werden in dem [Selbstverständnis-Text der Gruppe](#) angesprochen.

Folglich wird von F.O.R. Palestine die vorgebrachte Kritik inhaltlich gar nicht zur Kenntnis genommen, sondern als Teil einer Kampagne der israelischen Regierung dargestellt:

„Für Ditfurth hat Antisemitismus nichts mit Hass auf Juden*Jüdinnen zu tun – vielmehr verstehen sie unter Antisemitismus eine antikoloniale Haltung gegen den Staat Israel. Sie meinen einfach Antizionismus. *Das ist ein großes Problem unserer Zeit* – die israelische Regierung und ihre Lobby-Gruppen, auch Anhänger*innen wie die ÖkoLi, versuchen gegen die Erfolge der internationalen Solidaritätskampagne für die Palästinenser*innen zu kämpfen, indem sie jeglichen Antizionismus als Antisemitismus abzustempeln versuchen.“

Das ist von vorne bis hinten Unsinn:

1. Wir wissen nicht, ob Jutta Ditfurth bei anderer Gelegenheit mal Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt hat. In der aktuellen Diskussion benennt sie jedenfalls drei konkrete Kritikpunkte: „F.O.R. Palestine [...] fordert ausdrücklich die ‚Abschaffung‘ des Staates Israel, die ‚Rückkehr‘ aller (Millionen) Nachfahren aller Palästinenser*innen (Israel ist etwa so klein wie Hessen). In einem – nach Auffassung der antizionistischen Antisemit*innen – neu zu schaffenden palästinensischen Staat dürfen Juden und Jüdinnen überhaupt nur noch leben, sofern sie ‚nicht-zionistische Juden‘ sind.“

Wir teilen diese Kritik in ihrer grundsätzlichen Stoßrichtung:

In dem Selbstverständnis-Text von F.O.R. Palestine heißt es in der Tat: „Die Rückkehr der Vertriebenen geht einher mit der Abschaffung der zionistischen Kontrolle, sprich die Abschaffung des Staates Israel [...] und der Wiedergründung eines gleichberechtigten, freien und demokratischen Staates vom Jordan bis zum Mittelmeer, in dem Exilpalästinenser_innen und **nicht-zionistische** Jüd_innen in einer gerechten Gesellschaft leben können. [...]. Das Problem des Zionismus kann nur durch die Rückkehr aller 1948 Vertriebenen und ihrer Nachkommen in das Land, aus dem sie vertrieben wurden, gelöst werden – *das ganze historische Palästina*.“ (fette Hv. von uns; kursive Hv. i.O.)

a) Ein solcher Ausschluß aus dem Staat auf der Grundlage von unerwünschter politischer Gesinnung ist keine Grundlage für eine demokratische Lösung (weder für eine bürgerliche, noch für eine sozialistische); ihm steht in dem Text von F.O.R. Palestine bezeichnenderweise auch kein Ausschluß von antisemitischen PalästinenserInnen zur Seite (wobei wir betonen wollen, daß Zionismus nicht *per se* rassistisch ist, also nicht einmal auf gleicher Ebene wie Antisemitismus angesiedelt ist).

b) Ein umfassendes Rückkehrrecht (und noch dazu: nicht nur für die damals Vertriebenen, sondern auch noch deren Nachfahren) wäre keine Lösung dieses Konflikts, in dem zwei sich als „Volk“ verstehende Gruppen das gleiche geographische Gebiet als ihr „historisches“ Land ansehen, sondern nur eine neue Runde in der Eskalation des Konflikts. – Bei Zugrundlegung eines Prinzips der umfassenden Rückkehr müßte praktisch die ganze Weltgeschichte rückgängig gemacht werden. Geschichte läßt sich aber nicht rückgängig machen, sondern nur in Zukunft anders machen als in der Vergangenheit; kommunistische Politik ist keine Zeitmaschine.

c) Wir wissen nicht, ob Jutta Dittfurth auch eine konsensuelle 1-Staaten-Lösung ablehnen würde; aber jedenfalls geht es F.O.R. Palestine weder um eine 1-Staaten-Lösung im Rahmen einer sozialistischen Revolution, die sowohl von den palästinensischen als auch den jüdischen Lohnabhängigen getragen sein müßte, noch um eine demokratische, bi-nationale 1-Staaten-Lösung als Kompromiß auf bürgerlicher Grundlage, sondern um die einseitige *militärische* „Abschaffung“ Israels durch die palästinensische Seiteⁱⁱⁱ: „Keine Verhandlungen mit dem zionistischen Staat, keine Kompromisse mit dem Besatzer, kein Frieden, bis Palästina frei ist. Kein Ende dem Kampf, bis zur Abschaffung des Zionismus“ (<http://for-palestine.org/de/for-palestine-ruft-fur-den-palastinensischen-block-auf-der-ii-demo-auf/>)

2. Wir teilen die Kritik, daß von einigen zu weit gefaßte Begriffe von Antisemitismus verwendet werden, denen es an Trennschärfe und Ausdruckskraft fehlt. Aber auch das weiteste Verständnis mit Antisemitismus hat insofern mit Juden und Jüdinnen zu tun, als es um Israel als Staat, in dem zu rund 80 % Juden und Jüdinnen leben, und/oder um das Wiederaufleben von ursprünglich antisemitischen Stereotypen in neuen Kontexten geht.

3. Eines dieser Stereotypen ist das der „jüdischen Weltverschwörung“. Und dieses Stereotyp scheint auch in Eurem Interview durch. Die vorgebrachte Kritik wird in ihrer Konkretheit und Spezifität gar nicht erst zur Kenntnis genommen, sondern in eine Reihe mit der „israelische[n] Regierung und ihre[n] Lobby-Gruppen“ gestellt und, ohne auf Argumente einzugehen, zu „ein[em] groß[en] Problem unserer Zeit“ erklärt. Die ÖkoLi mag alles Mögliche sein; aber auf alle Fälle ist sie *nicht groß*. Und eine konturlose Verwendung des Wortes „Antisemitismus“ mag für die ideologische Seite des Kampfes von palästinensischen NationalistInnen ein erhebliches Problem sein, aber „ein großes Problem unserer Zeit“ ist das nun sicherlich nicht. Da gibt es sowohl auf materieller als auch ideologischer Ebene einige Auseinandersetzungen, die weit bedeutender sind.

Zu einigen Details

1. Des weiteren wird der ÖkoLi in hanebüchener Logik Rassismus vorgeworfen

„Der Rassismus der ÖkoLi lässt sich an Ditfurths Statement gut erkennen – nicht umsonst haben sie ‚Sexismus, Homophobie und Nationalismus‘ mit hinein geschrieben. Damit bedienen sie anti-muslimische Stereotypen, nämlich dass Palästinenser*innen sexistisch, anti-LGBT* und nationalistisch seien.“

Wir wissen nicht, welches Statement gemeint ist. Die fraglichen Wörter finden sich jedenfalls nicht in dem [nach dem Austritt aus dem Bündnis bei linksunten.indymedia veröffentlichten Text](#) und auch nicht in dem [Facebook-Statement von Jutta Ditfurth vom 22.4.](#)

Aber wie dem auch sei: Falls die Wörter „Sexismus, Homophobie und Nationalismus“ in einem der einschlägigen ÖkoLi-Texte stehen, stehen sie da vermutlich, weil

a) im Demo-Aufruf „Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Sexismus und gegen die Diskriminierung von LGBTQI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Questioning and Intersex)“ steht (das also der einschlägige Maßstab ist, an dem die Gruppen im Bündnis zu messen sind)

und

weil b) ohne Abgrenzung von der palästinensischen Reaktion, die BDS und F.O.R. Palestine aber nicht vornehmen, dieser Maßstab nicht einzuhalten ist.

2. Des weitere sagt F.O.R. Palestine in dem Interview:

„Wir fordern die Abschaffung des zionistischen Kolonialsystems. Den Staat Israel möchten wir durch einen einzigen Staat ersetzen, in dem alle Einwohner*innen des Landes gleichberechtigt leben können, egal welcher Herkunft, Ethnizität oder Religion.

Die Ökolis verstehen nicht den Unterschied zwischen der Abschaffung eines rassistischen Staates und der ‚Zerstörung‘ von Menschen. Diese Rhetorik wird auch oft von Zionist*innen verwendet, deshalb ist es wichtig darüber zu reden. Wenn wir von der Abschaffung des Kapitalismus reden, meinen wir nicht Genozid an allen Eigentümer*innen. Wenn wir von der Abschaffung des Patriarchats reden, bedeutet das nicht die Hinrichtung aller Männer. Wenn wir von der Abschaffung des zionistischen Staates reden, reden wir selbstverständlich von einer Entkolonisierung Palästinas – also der Errichtung eines Staates für alle.

Die Ökolis haben uns trotzdem vorgeworfen, wir würden alle Juden*Jüdinnen ins Meer treiben wollen – ein altbekanntes anti-palästinensisches Stereotyp.“

a) Was den Zerstörungs-Begriff anbelangt, so ist dies eine reine Ausflucht! Denn die ÖkoLi spricht nicht von „Zerstörung“ (oder „Ermordung“) von Menschen, sondern von Vertreibung von Menschen, die mit dem Ausschluß von zionistischen Juden und Jüdinnen aus dem

von F.O.R. Palestine gewünschten Staat verbunden wären.

Im übrigen zeigt diese Passage noch mal, daß die Gruppe von einer grundlegenden Illegimität Israels ausgeht, und es ihr auch nicht darum geht, auch einen eigenen palästinensischen Staat haben zu wollen (was der UN-Teilungsplan ja von Anfang an vorsah) und auch nicht nur darum, eine bestimmte Politik Israels gegenüber PalästinenserInnen zu beenden.

Soweit es um das Absterben des Staates überhaupt im Übergang zum Kommunismus geht, halten wir auch Israel (wie jeden anderen Staat) für illegitim. Aber Kommunismus setzt auch die Überwindung des Antisemitismus voraus.

Dagegen will F.O.R. Palestine schon lange vor etwaigem Kommunismus und einer etwaigen sozialistischen Revolution Israel einseitig abschaffen. Wir halten Israel unter bürgerlichen Verhältnissen für genauso viel oder wenig legitim wie alle anderen existierenden Staaten; und eine bürgerliche Abschaffung Israels fände deshalb nur im Wege einer Selbst-Abschaffung Israels als Teil eines Kompromisses zwischen *beiden* Konfliktparteien Unterstützung.

Schließlich sagt F.O.R. Palestine:

„Viele linke Aktivist*innen haben keine marxistische oder auch nur linke Analyse der nationalen Frage, vor allem in Bezug auf Palästina. Denn im Bündnis haben viele eine eurozentristische Perspektive.“

„Der 1. Mai ist unser Kampftag – er gehört nicht nur deutschen linken Intellektuellen.“

„Viele unserer Genoss*innen, die sich nicht viel mit den Pop-Ikonen der deutschen Linken auseinandersetzen,“

Die Ausführungen zeigen vor allem, daß F.O.R. Palestine einige Leute nicht mag, aber enthalten keinerlei Argument. Statt Ressentiments zu kultivieren, wäre es ja wohl an F.O.R. Palestine ihren nationalistischen Selbstverständnistext durch eine „marxistische oder auch nur linke Analyse“ des Nahostkonfliktes zu ersetzen, wenn sie die an der Gruppe vorgebrachte Kritik ausräumen wollen.

Ergänzend möchten wir diesbzgl. auf unseren ausführlicheren – bei [linksunten.indymedia](http://linksunten.indymedia.de), [scharf-links](#) und [trend](#) erschienen – Text zum gleichen Thema hinweisen.

Mit revolutionären Grüßen

Achim Schill, Peter Nowak, Detlef Georgia Schulze

i [LW 20](#), 19: „Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die *geschichtliche* Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an.“ Dies gilt sowohl für den jüdischen als auch den palästinensischen als auch jeden anderen Nationalismus; aber LeninistInnen machen sich den Nationalismus *nicht zu eigen*, sondern bekämpfen ihn als *Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution und den Kommunismus*.

LeninistInnen ziehen zwar große, multi-nationale Staaten auf demokratischer Grundlage der Kleinstaaterei vor, aber sie streben nicht die *vor-kommunistische*, nicht-konsensuelle Abschaffung einzelner (bestimmter) Nationalstaaten an, denn dies hieße nichts Anderes als positiv für konkurrierenden Nationalismus Partei zu ergreifen.

„Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln, ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus *über* diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen *hinaus* zu fördern, heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen.“ ([LW 20](#), 20)

Dieser Kampf gegen Nationalismus geht *bis hin* zur Befürwortung des *Rechts* als nationale Lostrennung unterdrückter Nationen (und *unter Umständen* auch der *Ausübung* dieses Recht), aber eine solche Lostrennung ist zu *unterscheiden* von der Abschaffung des Staates, von dem sich losgetrennt wird.

Eine solche Abschaffung des Staates, von dem sich losgetrennt wird, wird weder von LeninistInnen gefordert, noch wurde sie von einer der bisherigen nationalen Befreiungsbewegungen gefordert – außer von palästinensischen NationalistInnen, die die Abschaffung Israels (bereits) auf bürgerlicher Grundlage fordern. Diese These wird auch nicht durch den britischen Fall widerlegt: Eine Lostrennung Nordirlands würde zwar das Ende des Vereinigten Königreichs bedeuten, aber nicht das Ende Großbritanniens; eine Lostrennung auch Schottlands und Wales' auch ein Ende Großbritanniens, aber nicht ein Ende Englands.

Und in gleicher Weise ist – vom leninistischen Standpunkt aus gesehen – auch das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung in einer Weise auszuüben, die das jüdisch-israelische Recht auf Selbstbestimmung nicht negiert.

ii d.h.: ohne das *Recht* auf israelisch-jüdische Eigenstaatlichkeit zu negieren, sondern indem davon *überzeugt* wird, daß es sinnvoll ist, auf dessen *Ausübung* – zugunsten eines bi-nationalen, demokratischen Staates Israel/Palästina – zu verzichten.

iii Deshalb ist es auch nicht richtig zu sagen, daß sich die leninistische Position bloß dadurch von der Position von F.O.R. Palestine unterscheidet, daß sie den Sozialismus noch *hinzufüge* (wie dies in dem [Artikel von Wladek Flakin](#) zum gleichen Thema impliziert zu sein scheint). Dieser Sichtweise würden wir zustimmen, wenn sie sich auf eine konsensuelle 1-Einstaat-Lösung bezieht (die auf einer wechselseitigen Anerkennung des *Rechts* auf Eigenstaatlichkeit und einem wechselseitigen *Verzicht* auf dessen *Ausübung* beruht).

Wladek schreibt, „Die Gruppe [F.O.R. Palestine] tritt für einen einzigen Staat im historischen Palästina ein, in dem alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Religion – gleichberechtigt leben können. [...]. Demokratische Forderungen unterstützen wir immer.“, und fügt dann – im Unterschied zu F.O.R. Palestine – die ArbeiterInnenklasse als Subjekt der Durchsetzung dieser Forderungen hinzu und kommt so schließlich zum Sozialismus.

Dies übersieht, daß die Forderung (bzw. das Ziel) von F.O.R. Palestine *keine demokratische* ist, denn sie beruht nicht auf der wechselseitigen Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung beider Konfliktparteien, sondern erklärt die israelisch-jüdische Seite einseitig für illegitim und schließt zionistischen Juden und JüdInnen aus dem angestrebten Staat aus.

LeninistInnen orientieren nicht bloß auf ein anderes Subjekt der Durchsetzung des gleichen Ziels, sondern sie haben ein *anderes Ziel* als F.O.R. Palestine: Sie ziehen eine sozialistische 1-Staaten-Lösung vor (und binden eine evtl. bürgerliche 1-Staaten-Lösung an den Konsens beider Konfliktparteien).